

Themen des Nordens

CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein

Die Landesregierung und die RWE-DEA prüfen, ob unser Untergrund als Endlager für CO₂ aus Kohlekraftwerken taugt. Der SSW lehnt dieses aus umwelt- und energiepolitischen Gründen ab.

„Klimaschutz-Pipeline“ nennt die RWE-DEA die Leitung, die mit dem Segen der Landesregierung Kohlendioxid vom Rheinland bis in den Untergrund von Nordfriesland und Schleswig-Flensburg pumpen soll. Für Lars Harms (SSW) eine „peinliche Verniedlichung“.

Der Dreck wird nur unter den Teppich gekehrt

„Es ist eine Milchmädchenrechnung, das Klima über der Erde dadurch verbessern zu wollen, dass man den Klimakiller in den Untergrund pumpt. Das CO₂ bleibt in der Umwelt und kein Mensch kann heute sagen, ob es in Endlagern über Tausende von Jahren von Mensch, Tier und Klima ferngehalten werden kann.“

Außerdem ist die CO₂-Speicherung ein energiepolitischer Holzweg, weil sie extrem teuer ist und selbst erhebliche Energiemengen verschlingt. Das CO₂ muss abgeschieden, verflüssigt, transportiert und eingelagert

werden, dafür muss dann deutlich mehr Kohle verbrannt werden. Das ist absurd.“

Konzerninteressen statt Klimaschutz

Für den SSW-Energiepolitiker steht deshalb klar: „CO₂-Endlager haben nichts mit nachhaltigem Klimaschutz zu tun. Sie sollen dafür sorgen, dass die Energiekonzerne so lange wie möglich mit der Kohleverstromung weiter machen können. Es geht um eine Blutwäsche für Kohlekraftwerke, die in Zeiten des Klimawandels eigentlich nicht mehr überlebensfähig sind.“

Die Botschaft vom SSW ist deshalb eindeutig: „Wir sagen Nein zum CO₂-Endla-

ger, ob nun hier oder anderswo. Niemand soll den Boden unter seinen Füßen für Experimente mit derart fragwürdigen Technologien hergeben müssen.“



Der SSW kämpft dagegen

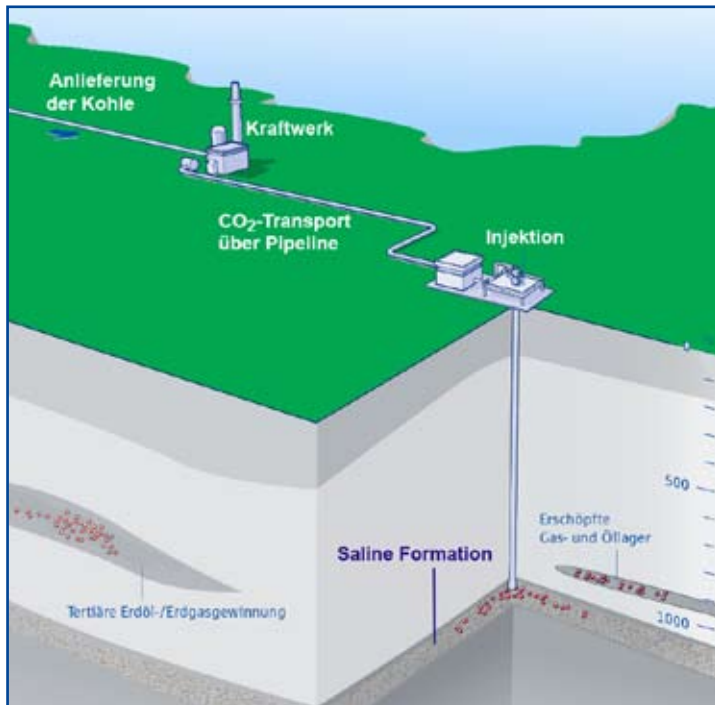
Der SSW hat seit Ende April in drei Anträgen die Landesregierung aufgefordert, dies zu verhindern und ein entsprechendes Gesetz der Bundesregierung abzulehnen. „Ministerpräsident Carstensen vertrat lange nicht die Interessen des Nordens,

sondern schielte auf das Geld, das Schleswig-Holstein von der RWE-DEA kassieren kann“, erzählt der SSW-Abgeordnete. „Und die SPD stimmte aus Rücksicht auf die CDU auch dagegen.“

Am 16. Juni hat der Ministerpräsident angekündigt, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat gegen das CCS-Gesetz stimmt. Er hat aber immer noch nicht klipp und klar erklärt, dass die Landesregierung ihr gemeinsames Projekt mit der RWE-DEA beenden wird. Deshalb hat der SSW jetzt für die Juli-Tagung des Landtags beantragt, dass die Regierung dieses Kapitel endgültig abschließen soll. Man darf gespannt sein, ob CDU und SPD dann immer noch zu den Bürgern stehen. *leb*



Wir wollen keine Abgase unter unseren Füßen!



Grafik RWE-DEA - Bearbeitung: SSW

So soll das CO₂-Lager funktionieren

Die sogenannte "Carbon Dioxide Capture and Storage" (CCS) - zu Deutsch: Kohlendioxid-Ausscheidung & -Speicherung - besteht aus mehreren getrennten Prozessen.

CO₂-Endlagerung

Am Zielort wird das Kohlendioxid in die Tiefe gepresst. Als Endlager dienen ausgeförderte Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Kohleflöze oder "saline Formationen". Dies sind poröse Gesteinsschichten, die von hochkonzentriertem Salzwasser durchtränkt und nach oben zur Erdoberfläche hin durch eine geschlossene Gesteinsdecke abgeschottet sein sollen. Das CO₂ soll das Salzwasser in den Poren verdrängen und wäre so von der Salzlösung umschlossen. Dies soll eine permanente Bindung in der Tiefe der Erde sichern.

CO₂-Ausscheidung

In Kohlekraftwerken wird das gasförmige Kohlendioxid von den anderen Abgasen getrennt und durch Abkühlung verflüssigt.

CO₂-Transport

Durch Pipelines wird das tiefgekühlte Kohlendioxid zum Endlager transportiert. Im Gespräch ist konkret eine rund 530 Kilometer lange Rohrleitung von NRW bis in die Nähe von Stadum in Nordfriesland.

Kennzeichnend für alle Schritte ist, dass sie selbst erhebliche Energiemengen erfordern - bis zu 10 % der Energieproduktion eines Kraftwerks.

Das ist der Plan

Geht es nach dem Bündnis von Landesregierung und RWE-DEA, dann soll schon ab 2014 CO₂ bei uns im Untergrund deponiert werden.

diese geologischen Voruntersuchungen erfolgreich, dann sollen die CO₂-Abfälle aus einem geplanten RWE-Braunkohlekraftwerk in Hürth (Nordrhein-West-

Am 12. März 2008 haben die RWE-DEA und die Landesregierung vereinbart, dass sie in Nordfriesland, Ostholstein und der "küsten-nahen Nordsee" die Möglichkeiten der Einlagerung von klimaschädlichem CO₂ aus Kohlekraftwerken erkunden werden. Partner bei diesem Vorhaben ist unter anderem die Universität Kiel.



Vertraute Partner: Ministerpräsident Carstensen und RWE-DEA Chef Georg Schöning (links) kennen sich schon von der Ölförderung im Wattenmeer.

Bis Ende 2009 sollen seismische Untersuchungen durchgeführt und im Sommer 2010 gegebenenfalls eine Erkundungsbohrung durchgeführt werden. Sind

falen) ab 2014 über eine 530-km-Pipeline nach Schleswig-Holstein fließen und hier in den Untergrund gepumpt werden.

Trotz seines Rückzugs beim CCS-Gesetz im Bundesrat hat der Ministerpräsident dieses Projekt noch nicht für beendet erklärt. *leb*

Schon die Erkundung ist ein Problem

Wie bei der Ölsuche will die RWE-DEA die Beschaffenheit des Untergrundes im Testgebiet durch seismische Messungen erkunden. Dabei werden sowohl Sprengungen als auch große Vibratoren eingesetzt. Sprengstoff oder große Spezial-Trucks (siehe Foto) versetzen den Boden in Schwingungen; das Echo dieser Schallwellen liefert ein drei-



dimensionales Bild des Untergrundes. Problem dabei: Die extrem starken Vibrationen können Gebäude beschädigen. Die RWE-DEA verspricht eine schnelle, unbürokratische Regulierung dieser Schäden.

Foto: dpa

RWE-DEA



Grafik RWE-DEA - Bearbeitung: SSW

Warum gerade bei uns?

Die besonderen salzwasserhaltigen Gesteinsformationen kommen in Deutschland selten vor, hauptsächlich in Mecklenburg Vorpommern, in der Mitte des Landesteils Schleswig und in Ostholstein. Deshalb will die RWE-DEA den Test in einem 270 Quadratkilometer großen Areal im Norden durchführen.

Dass die Landesregierung mit Peter Harry Carstensen an der Spitze sich so stark dafür einsetzt mag zuerst daran liegen, dass das Land - ähnlich wie bei der Ölförderung - mit einer fetten Konzessionsabgabe für die Nutzung des Untergrundes rechnen darf. 5 Euro je Tonne CO₂ sind im Gespräch. Hinzu kommt, dass die Universität Kiel und das IFM/GEOMAR Forschungsgelder in Höhe von 25 Millionen € für die Erforschung des CCS erhalten haben.

Argumente gegen ein CO₂-Endlager

Aus der Sicht des SSW sprechen viele Gründe von vornherein gegen die CO₂-Lagerung.

Energiepolitischer Unsinn

Die CCS-Technologie - die beschönigend auch "Clean Coal" (saubere Kohle) genannt wird - verlängert die Laufzeit der Kohlekraft und legitimiert den Bau neuer Kraftwerke, weil diese ja "CO₂-neutral" wären.

Durch die Förderung der extrem teuren CCS wird Geld gebunden, das in den Aufbau der wirklich CO₂-freien Energieerzeugung fließen sollte. Dabei kann nicht einmal die RWE-DEA selbst sagen, ob die Technologie funktionieren wird.

An Endlagerstandorten verhindert CCS den Ausbau regenerativer Energien: Boh-

rungen für Erdwärme, die noch tiefer gehen, müssten das CO₂-Lager durchstoßen. Druckluftspeicher zur Speicherung von Windstrom oder Erdwärmespeicher brauchen denselben Untergrund.

Sicherheit nicht dauerhaft zu gewährleisten

Man weiß sehr wenig über die Dichtheit der Deckgesteine über den potenziellen Endlagern. Sind diese nicht 100 % geschlossen, kann CO₂ an die Erdoberfläche dringen. Das Gas ist schwerer als Luft und verdrängt so den lebensnotwendigen Sauerstoff. Ein GAU mit Toten wäre zwar unwahrscheinlich, weil viel CO₂ sich in Senken sammeln müsste, um so gefährlich zu werden. Ansonsten verfliegt es. Trotzdem stellt sich die Frage, ob das klima- wie menschen-

schädliche CO₂ dauerhaft sicher eingeschlossen werden kann. Die RWE-DEA verweist darauf, dass die Natur Erdgas über Jahrmillionen eingeschlossen habe. Aber die RWE-DEA ist nicht Mutter Natur. Ein Eingriff durch den Menschen ist etwas völlig anderes und die Dichtheit der Endlager kann über lange Zeiträume nicht garantiert werden.

Das CO₂ kann mit dem Grundwasser oder anderen Bestandteilen des Untergrundes chemisch reagieren. Dabei kann es sowohl zu einer Veränderung des Grundwassers als auch zur Rissbildung im Deckgestein kommen. Außerdem kann das CO₂ den Beton angreifen, mit dem alte Bohrlöcher gestopft wurden.

Die Sicherheit der Pipelines ist ungeklärt. Außerdem ist noch ungewiss, ob die unzähligen betroffenen Grundstückseigentümer auf der Strecke sich dagegen wehren können. Die CDU setzt sich für eine Zwangsenteignung ein.

service



Viele weitere Informationen zur CCS-Technologie, die SSW-Initiativen im Landtag, Stellungnahmen und weitere Links zum Thema findest Du im Internet unter www.ssw.de/co2



Die Bundesregierung schafft Fakten

In einem Hauruckverfahren will die Bundesregierung die CO₂-Speicherung noch vor der Bundestagswahl rechtlich zementieren.

Noch bevor geklärt ist, ob die CCS-Technologie funktionieren kann und sicher ist, ebnet die Bundesregierung den Energiekonzernen bereits den Weg in die CO₂-Endlagerung.

Der Bundestag beriet im Mai/Juni ein "CCS-Gesetz", mit dem die CO₂-Lagerung in Deutschland geregelt werden soll. Das Gesetz schafft nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen für Pilotprojekte, es soll schon jetzt die Voraussetzungen für den dauerhaften Betrieb schaffen. Ein Sieg für die Kohlelobby.

Wenn es nach der Bundespolitik geht, haben regionale Politiker und Bürger bald kaum eine Chance mehr, CO₂-Endlager und -Pipelines zu verhindern. Das Gesetz sieht vor, dass Bundesländer und Kommunen künftig tatenlos zusehen müssen. Wer sich wehrt, kann voraussichtlich sogar Zwangsenteignet werden.

Die Zeche zahlen die Bürger

Selbst der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung warnt vor vorschnellen Weichenstellungen und verweist darauf, dass derzeit noch viele technische, ökologische und finanzielle Fragen im Zusammenhang mit der CCS-Technologie ungeklärt sind. Besonders ärgerlich: Nach den Plänen

der Regierung soll die Haftung für die Anlagen nach 20 oder 30 Jahren auf den Staat übergehen. Ein Muster, das von der Atomenergie bekannt ist: Die RWE-DEA und andere Endlagerbetreiber kassieren die kurzfristigen Gewinne, während die Allgemeinheit das langfristige Risiko trägt - auf Jahrtausende hinaus.

SSW-Antrag

Aus diesen Gründen hat der SSW die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, am 10. Juli im Bundesrat das CCS-Gesetz abzulehnen.

Greenpeace-Protest gegen das CCS-Gesetz vor dem Kanzleramt im Mai 2009.

Kurz vor der Landtagsdebatte am 17. Juni änderten die CDU und die SPD ihren Kurs, so dass der Antrag von allen Parteien im Landtag beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde die Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag verschoben. Das CCS-Gesetz wird aber mit Sicherheit nach der Bundestagswahl wieder hochkommen. CDU, SPD und FDP stehen weiterhin zu CCS und wollen das Endlager bei uns rechtlich ermöglichen. *leb*



Foto: dpa

Die Region probt den Aufstand

In den letzten Wochen ist der Protest förmlich explodiert. Eine ganze Region wehrt sich dagegen, zur CO₂-Deponie der Nation zu werden.

Ende Mai hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Tausende Menschen nahmen an Veranstaltungen teil und die Kreistage von Nordfriesland und Schleswig-Flensburg haben die CO₂-Lagerung abgelehnt.

Auch Umweltorganisationen, Tourismusverbände, die Windkraftbranche, Kirchen und der DGB machen mobil. Der Bauernverband hat seinen Mitgliedern empfohlen, der RWE-DEA den Zutritt zu ihren Grundstücken zu verbieten.

Der SSW unterstützt die Bürgerbewegung durch parlamentarische Initiativen, die Teilnahme an den



Foto: Flensburg Avis

Protestveranstaltungen und durch eine eigene Kampagne. Mit Aufklebern, Buttons und Plakaten mit einem Motiv der Graphiker Peter Butschkow und Guido Bock tragen wir den Protest nach außen. *leb*

Mehr Informationen zu den Protestveranstaltungen: www.kein-co2-endlager.de

service



Aufkleber und Buttons mit dem SSW-Protestmotiv können im Landessekretariat kostenlos bestellt werden.

**SSW-Landesverband
Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. 0461-144 08 310
info@ssw.de**